

## Fragen

für die Fragestunde der 160. Sitzung des Deutschen Bundestages  
am Mittwoch, dem 16. März 2016

### Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Behrens, Herbert (DIE LINKE.) .....	5, 6	Kühn, Christian (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	16, 17
Dr. Brantner, Franziska (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	1	Kunert, Katrin (DIE LINKE.) .....	37, 38
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.) .....	26, 27	Leidig, Sabine (DIE LINKE.) .....	7
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	10	Mihalic, Irene (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	35
Hänsel, Heike (DIE LINKE.) .....	24, 25	Movassat, Niema (DIE LINKE.) .....	21, 23
Haßelmann, Britta (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	39	Dr. von Notz, Konstantin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	31
Höger, Inge (DIE LINKE.) .....	47, 48	Ostendorff, Friedrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	43, 44
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	15, 45	Pothmer, Brigitte (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	42
Hunko, Andrej (DIE LINKE.) .....	4, 36	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	29, 30
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.) .....	32, 33	Vogler, Kathrin (DIE LINKE.) .....	3
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	19, 20	Walter-Rosenheimer, Beate (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	2, 34
Keul, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	28, 46	Zdebel, Hubertus (DIE LINKE.) .....	18, 22
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	13, 14	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.) .....	40, 41
Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	11, 12		
Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	8, 9		

**Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung**

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend .....	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit.....	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur .....	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit .....	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.....	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie...	9
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts .....	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern.....	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen .....	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales .....	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft.....	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung .....	16

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,  
Senioren, Frauen und Jugend**

1. Abgeordnete  
**Dr. Franziska Brantner**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)  
Mit welcher Begründung ist die Ausweitung des Anwendungsbereiches in Artikel 1 § 1 des Referentenentwurfs zum Gesetz der Neuregelung des Mutterschutzes nicht mehr für Schülerinnen, Studentinnen und Praktikantinnen vorgesehen, und unter welchen Voraussetzungen sieht das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Absprache mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung die Möglichkeit, Schülerinnen, Studentinnen und Praktikantinnen erneut in den Anwendungsbereich des Artikels 1 § 1 des Referentenentwurfs zum Gesetz der Neuregelung des Mutterschutzes einzubeziehen?
  
2. Abgeordnete  
**Beate Walter-Rosenheimer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)  
Welche politischen Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den Ergebnissen der im November 2015 vorgestellten Studie des Deutschen Jugendinstituts „Coming-out – und dann ...?!“, und sind weitere Studien zum Thema „queere Jugendliche“ geplant (bitte begründen)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für  
Gesundheit**

3. Abgeordnete  
**Kathrin Vogler**  
(DIE LINKE.)  
Welche Beeinträchtigungen der informationstechnischen Systeme, Komponenten oder Prozesse wurden dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik durch Krankenhäuser oder andere Betreiber kritischer Infrastruktur der Gesundheitsbranche in den vergangenen sechs Monaten gemeldet, und welche Krankenhäuser oder andere Dienstleister im Gesundheitswesen haben bereits den erforderlichen Nachweis der Angemessenheit organisatorischer und technischer Vorkehrungen zur Vermeidung von Störungen der Verfügbarkeit, Integrität, Authentizität und Vertraulichkeit ihrer informationstechnischen Systeme durch Sicherheitsaudits, Prüfungen oder Zertifizierungen erbracht?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr  
und digitale Infrastruktur**

4. Abgeordneter  
**Andrej Hunko**  
(DIE LINKE.)
- Inwiefern nimmt die Bundesregierung Berichte über das in mindestens 20 Fällen erfolgte Ausspielen der Bevölkerung in den Vereinigten Staaten von Amerika durch Drohnen des eigenen Verteidigungsministeriums (USA Today vom 9. März 2016) zum Anlass, statt einer lediglich „schriftlich bestätigt[en]“ Zusicherung zur Abschaltung der Aufklärungssensorik von US-Überwachungsdrohnen beim Flug durch deutsche Lufträume (Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 18/6978 zu Frage 22) die versprochene Abschaltung durch eigene Maßnahmen zu überprüfen, und was ergab die „ressortübergreifende[n] Abstimmung“ innerhalb der Bundesregierung, einem neuerlichen Antrag der US-Regierung zur Verlängerung der erteilten Überfluggenehmigung für den Transit zur EU-Außengrenze mit Russland bis zum 1. Oktober 2016 zuzustimmen (Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 18/7706 zu Frage 10)?
5. Abgeordneter  
**Herbert Behrens**  
(DIE LINKE.)
- Mit welcher Begründung hat der Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, Alexander Dobrindt, von der EU-Kommission gefordert, dass es „ohne eine weitere Verzögerung“ zur Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes über die Rechtmäßigkeit der Pkw-Maut komme“ (FOCUS vom 5. März 2016, „Dobrindt greift die EU an“), und welche anderen Forderungen wurden seitens des Bundesverkehrsministers an die EU-Kommission erhoben?
6. Abgeordneter  
**Herbert Behrens**  
(DIE LINKE.)
- Ist die Bundesregierung bisher allen Aufforderungen der EU-Kommission zur Vorlage weiterer Informationen im Kontext des Vertragsverletzungsverfahrens zur Pkw-Maut nachgekommen (bitte unter Angabe der Informationsbegehren der EU-Kommission begründen), und auf welcher Stufe befindet sich dieses Vertragsverletzungsverfahren aktuell?

7. Abgeordnete  
**Sabine Leidig**  
(DIE LINKE.)  
Welche Möglichkeiten zur Beschleunigung von EU-Vertragsverletzungsverfahren stehen den Mitgliedstaaten nach Kenntnis der Bundesregierung offen (bitte unter Angabe der Rechtsgrundlage aufzuführen), und von welchen will sie im laufenden Verfahren zur Pkw-Maut Gebrauch machen?
8. Abgeordneter  
**Stephan Kühn**  
(Dresden)  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)  
Mit welchen zusätzlichen Maßnahmen, die über das Aktionsprogramm Klimaschutz 2020 hinausgehen, will die Bundesregierung im Verkehrssektor dazu beitragen, die Ziele der UN-Klimakonferenz in Paris zu erreichen?
9. Abgeordneter  
**Stephan Kühn**  
(Dresden)  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)  
Hält die Bundesregierung an dem in der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie verankerten und ursprünglich bis 2015 zu erreichenden Ziel fest, den Anteil des Schienenverkehrs an der Güterbeförderungsleistung auf 25 Prozent zu erhöhen, und mit welchen Maßnahmen will die Bundesregierung dieses Ziel erreichen?
10. Abgeordneter  
**Matthias Gastel**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)  
Wie bewertet die Bundesregierung aus Sicherheitsaspekten die Tatsache, dass nach Auskunft des Eisenbahn-Bundesamtes Lokführer nach jeder Durchfahrt eines Funklochs das Funkgerät auf entgangene Anrufe überprüfen und den Zug gegebenenfalls anhalten müssen (vgl. [www.welt.de/regionales/baden-wuerttemberg/article153081508/Bahn-spricht-mit-Mobilfunkanbietern-wegen-Funklochern.html](http://www.welt.de/regionales/baden-wuerttemberg/article153081508/Bahn-spricht-mit-Mobilfunkanbietern-wegen-Funklochern.html)), und wie häufig kam es seit Jahresanfang 2015 vor, dass Züge auf den Schienenwegen des Bundes wegen der Durchfahrt eines Funklochs anhalten mussten?
11. Abgeordneter  
**Oliver Krischer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)  
Welche Informationen hat die Bundesregierung über Veränderungen an der Software zum Ab- und Anschalten der Abgasreinigung bei in Deutschland zugelassenen VW-Fahrzeugen seit Anfang des Jahres 2014 bis zum Bekanntwerden des Abgasskandals im September 2015, und welche Konsequenzen für Deutschland zieht die Bundesregierung aus den jüngsten Enthüllungen über entsprechende Softwareveränderungen in dem genannten Zeitraum in den USA?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,  
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit**

12. Abgeordneter  
**Oliver Krischer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung bereit, die Beschwerde der Bundesländer Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz ([www.umwelt.nrw.de/pressebereich/detail/news/2016-03-08-nordrhein-westfalen-legt-beschwerde-gegen-belgische-atomkraftwerke-ein/](http://www.umwelt.nrw.de/pressebereich/detail/news/2016-03-08-nordrhein-westfalen-legt-beschwerde-gegen-belgische-atomkraftwerke-ein/)) und/oder die Klagen der Städteregion Aachen und anderer Kommunen ([www1.wdr.de/nachrichten/rheinland/klage-tihange-100.html](http://www1.wdr.de/nachrichten/rheinland/klage-tihange-100.html)) gegen den Betrieb der Atomkraftwerke Tihange und Doel in Belgien zu unterstützen oder ihnen beizutreten, und wenn nein, plant die Bundesregierung eigene Klagen oder Beschwerden gegen den Weiterbetrieb der belgischen Atomkraftwerke?
13. Abgeordnete  
**Sylvia  
Kotting-Uhl**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Über welche Erkenntnisse verfügt die Bundesregierung, mit konkret welchen Ultraschallverfahren in den letzten Jahren untersucht wurde, ob die Reaktordruckbehälter der grenznahen französischen Atomkraftwerke Cattenom und Fessenheim durch ein ähnlich gravierendes Materialproblem wie die Reaktordruckbehälter der Atomkraftwerke Beznau 1, Tihange 2 oder Doel 3 geschwächt sind oder nicht (vergleiche hierzu zuletzt die Antwort auf meine Mündliche Frage 12, Plenarprotokoll 18/157, Seite 15444; ggf. bitte mit Angabe des jeweiligen Datums der Untersuchungen), und über welche Erkenntnisse verfügt die Bundesregierung, welche Reaktordruckbehälter-Bereiche dabei jeweils im Detail untersucht wurden?
14. Abgeordnete  
**Sylvia  
Kotting-Uhl**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welchen Kenntnisstand hat die Bundesregierung zur fristgerechten Einreichung der Entsorgungsberichte bzw. -programme laut der Richtlinie 2011/70/Euratom an die Europäische Kommission von Österreich, Tschechien, Polen, Finnland, Schweden, Dänemark, Niederlande, Luxemburg, Belgien, Frankreich und Großbritannien, und aus welchen Berichten gehen für die Bundesregierung Entsorgungsstrategien hervor, die zu einer Beeinträchtigung oder Gefährdung der deutschen

- Umwelt führen könnten und daher einer grenzüberschreitenden Strategischen Umweltprüfung (SUP) unterliegen sollten (bitte erläutern, insbesondere, wenn laut der Bundesregierung kein Gefährdungspotential vorliegt)?
15. Abgeordnete  
**Bärbel Höhn**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Gründe hat die EU-Kommission auf der letzten Sitzung des Umweltrates (4. März 2016) für ihr Versäumnis, wissenschaftliche Kriterien zur Definition endokriner Disruptoren vorzulegen, angeführt, und welchen Zeitplan hat sie den Mitgliedstaaten zur Vorlage eben dieser Kriterien präsentiert?
16. Abgeordneter  
**Christian Kühn**  
(Tübingen)  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Werden Produkte wie Polystyrol, Textilien, Polstermöbel, Kunststoffe mit HBCD zukünftig als Sondermüll eingestuft bzw. klassifiziert, und wenn ja, ab wann?
17. Abgeordneter  
**Christian Kühn**  
(Tübingen)  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Was plant die Bundesregierung konkret nur für die Errichtung von sozial-gebundenem und günstigem Wohnungsbau, und ist die Erhöhung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau um 1 Milliarde Euro mit dem Bundesminister der Finanzen abgestimmt?
18. Abgeordneter  
**Hubertus Zdebel**  
(DIE LINKE.)
- Wie sieht angesichts der jüngst bekanntgewordenen Vorgänge um die Ablagerung und den Transport von gefährlichen Bohrschlämmen der niedersächsischen Erdöl- und Erdgasindustrie in andere Bundesländer (vgl. [www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/Bohrschlamm-Entsorgung-Niedersachsen,bohrschlamm140.html](http://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/Bohrschlamm-Entsorgung-Niedersachsen,bohrschlamm140.html)) die bundesweite Entsorgungsstrategie der Bundesregierung aus, und welche Schritte wird die Bundesregierung ergreifen, um die Probleme bei der Beseitigung der Bohrschlämme zu lösen und den Giftmülltourismus zu beenden?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

19. Abgeordneter  
**Uwe Kekeritz**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Artikel bzw. Passagen (bitte für jedes Abkommen einzeln aufführen) in den Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit SADC (SADC = Southern African Development Community) und der Ländergruppe CARIFORUM lösen nach Ansicht der Bundesregierung die Notwendigkeit aus, dass die Legislative in Deutschland der Ratifikation der beiden gemischten Abkommen zustimmen muss (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 68 auf Bundestagsdrucksache 18/7794), und wann wird die Prüfung abgeschlossen sein?
20. Abgeordneter  
**Uwe Kekeritz**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- In welcher Höhe (bitte nach Haushaltstiteln auflisten) fließen deutsche Mittel in den Aufbau und Betrieb des Multifunktionszentrums in Agadez/Niger, und wie stellt die Bundesregierung sicher, dass im Multifunktionszentrum bei der Versorgung der Flüchtlinge menschenrechtliche Standards eingehalten werden?
21. Abgeordneter  
**Niema Movassat**  
(DIE LINKE.)
- Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus dem Bericht „Glass Half Full: the state of accountability in development finance“ (<http://bankwatch.org/sites/default/files/glass-half-full.pdf>, S. 124, 125), der der DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH Verbesserungen bei ihrem Beschwerdemechanismus hinsichtlich Legitimität (legitimacy), Zugang (accessibility), Vorhersehbarkeit (predictability), gleichberechtigtem Zugang (equitability), Transparenz (transparency), Übereinstimmung mit Menschenrechten (rights compatibility) sowie fortlaufende Anpassung an gemachte Erfahrungen (lessons learnt) empfiehlt (bitte um Erläuterung, inwiefern die Bundesregierung die Notwendigkeit zur Verbesserung bei den einzelnen Punkten sieht und vorantreiben wird), und wird sie sich dafür einsetzen, dass die DEG sich ebenso wie die niederländische Entwicklungsbank FMO, mit der die DEG den Beschwerdemechanismus eingerichtet hat, dazu



verpflichtet, die OECD Guidelines on Multinational Enterprises bei ihren Finanzierungen anzuwenden, in denen Menschenrechtsstandards stärker verankert sind als bei den IFC-Richtlinien?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie**

22. Abgeordneter  
**Hubertus Zdebel**  
(DIE LINKE.)
- Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung bisher ergriffen und welche Schritte wird sie zukünftig ergreifen, um sicherzustellen, dass die Erdgas- und Erdölindustrie voll und ganz für die Sanierungskosten der von ihr verursachten Schäden aufkommt?

### **Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts**

23. Abgeordneter  
**Niema Movassat**  
(DIE LINKE.)
- Inwiefern besteht für die 400 Mio. Euro zusätzlichen Haushaltsmittel, die dem Auswärtigen Amt von der Bundesregierung 2016 für den Themenkomplex Flucht und Migration zur Verfügung gestellt wurden, Zweckgebundenheit für die ausschließliche Verwendung in bestimmten Krisenregionen (Syrien), und inwiefern zieht die Bundesregierung in Erwägung, einen Teil dieser Mittel zur Bekämpfung der Folgen von El Niño zur Verfügung zu stellen?

24. Abgeordnete  
**Heike Hänsel**  
(DIE LINKE.)
- Welche Konsequenzen wird die Bundesregierung im Rahmen der politischen, finanziellen und entwicklungspolitischen Zusammenarbeit gegenüber der honduranischen Regierung nach der Ermordung von Berta Cáceres am 3. März 2016, Menschenrechtsverteidigerin und Mitbegründerin des indigenen Rates in Honduras, COPINH, (<http://business-humanrights.org/en/honduras-berta-caceres-human-rights-defender-indigenous-leader-who-opposed-agua-zarca-dam-assassinated-0#c133928>) ziehen, damit dieser Fall aufgeklärt und die Verantwortlichen verurteilt werden und auch die Rolle von dem am Bauvorhaben des Wasserkraft-

werks Agua Zarca auf indigenem Lenca-Gebiet beteiligten deutschen Unternehmen Siemens-Voith Hydro untersucht wird, ob es seine selbsterklärte Unternehmensverantwortung ([https://amerika21.de/files/a21/offener\\_brief\\_an\\_die\\_firma\\_voith.pdf](https://amerika21.de/files/a21/offener_brief_an_die_firma_voith.pdf)) in diesem Konflikt um Agua Zarca, angesichts der seit Jahren verzeichneten Menschenrechtsverletzungen, einhält?

25. Abgeordnete  
**Heike Hänsel**  
(DIE LINKE.)

Kontrolliert die Bundesregierung in irgendeiner Art und Weise die Verwendung der in Syrien gewonnenen deutschen Aufklärungsprodukte mit dem Freigabevermerk „For Anti-DAESH Operation only“ (siehe Antwort der Staatsministerin im Auswärtigen Amt Dr. Maria Böhmer auf meine Mündliche Frage vom 24. Februar 2016) durch die Türkei (bitte begründen), und kann die Bundesregierung dann eindeutig ausschließen, dass die Türkei mit den deutschen Aufklärungsergebnissen andere Ziele als Anti-DAESH-Ziele bombardiert?

26. Abgeordnete  
**Sevim Dağdelen**  
(DIE LINKE.)

Inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnisse (auch nachrichtendienstliche), dass die islamistische Terrormiliz Al-Nusra im Norden Syriens unmittelbar an der Grenze zur Türkei Camps errichtet hat und dass die islamistische Terrormiliz Al-Nusra im Norden Syriens über den Grenzpunkt Bab al-Salam regelmäßig Unterstützung aus dem NATO-Mitgliedstaat Türkei erhält, wozu nach Beobachtungen der kurdisch-syrischen Volksverteidigungseinheiten YPG auch regelmäßig Waffenlieferungen gehören ([www.rt.com/news/334483-turkey-nusra-ypg-exclusive/](http://www.rt.com/news/334483-turkey-nusra-ypg-exclusive/))?

27. Abgeordnete  
**Sevim Dağdelen**  
(DIE LINKE.)

Welche der 72 Kriterien der Visa-Roadmap zwischen der EU und der Türkei für die Einführung einer Visumfreiheit sind aktuell noch nicht erfüllt, und inwieweit wird Deutschland im Rahmen der EU darauf drängen, dass die Türkei insbesondere den geografischen Vorbehalt zur Genfer Flüchtlingskonvention aufheben muss, wie es die Roadmap vorsieht (Reuters vom 10. März 2016)?

28. Abgeordnete  
**Katja Keul**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Reisen von tunesischen Delegationen nach Deutschland hat das Auswärtige Amt in diesem Jahr bereits unterstützt, und für welche Reisen ist bisher noch Unterstützung geplant?
29. Abgeordneter  
**Hans-Christian Ströbele**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Informationen hat die Bundesregierung über den bisherigen Einsatz US-amerikanischer, italienischer und französischer Spezialeinheiten zusammen mit solchen anderer westlicher Staaten schon jetzt und seit 2014 in Libyen und angrenzenden Ländern angesichts der hohen Anzahl von Flüchtlingen aus Afrika in Lagern in Libyen und deren Unterbringungssituation, und teilt die Bundesregierung die Befürchtung, dass aus einer bevorstehenden offiziellen militärischen Intervention der US-Streitkräfte zusammen mit europäischen Partnern ehemaliger Kolonialmächte in Libyen ein Viefrontenkrieg und eine katastrophale Situation entstehen könnten, wie derzeit in Syrien mit Hunderttausenden verzweifelter Flüchtlinge, die nach Europa streben?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern**

30. Abgeordneter  
**Hans-Christian Ströbele**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Auskünfte gibt die Bundesregierung über die Beschäftigung von Journalisten als verdeckte investigative Aufklärungshelfen im In- und Ausland bzw. über die Nutzung von deren Erkenntnissen durch die einzelnen Sicherheitsbehörden des Bundes seit 2010 (bitte aufschlüsseln nach Behörde, Jahr, Zahl und Medien), v. a. durch das Bundeskriminalamt bezüglich Islamisten (vgl. etwa SZ vom 8. März 2016 „Der Fund“; vgl. auch KONTEXT vom 18. Juni 2014 „Der Hilfspolizist“, <http://gruenlink.de/14k7>), und welche rechtlichen sowie praktischen Grenzen beachten die Sicherheitsbehörden bei einer solchen Zusammenarbeit, um angesichts einschlägiger Presse-ratsrichtlinien (etwa die Nummer 5.2. und 6.1.: Verbot von nachrichtendienstlicher Tätigkeit und Doppelfunktionen) die Unabhängigkeit solcher Journalisten sowie der sie beschäftigenden Medien nicht zu kompromittieren?

31. Abgeordneter  
**Dr. Konstantin von Notz**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Gibt es bereits konkrete Schritte zur Umsetzung der Errichtung einer Plattform, einer gemeinsamen Datenbank oder von Ähnlichem von 30 Nachrichten- und Sicherheitsdiensten von EU-Mitgliedstaaten, die die Kooperation und den Informationsaustausch im Anti-Terror-Kampf durch die Einrichtung einer neuen Plattform in der sogenannten Counter-Terrorism Group (CTG) beschleunigen wollen (vgl. „Europas Geheimdienste gründen Info-Plattform“, [www.zeit.de/politik/ausland/2016-02/geheimdienste-europa-kooperation-terrorismus-islamismus](http://www.zeit.de/politik/ausland/2016-02/geheimdienste-europa-kooperation-terrorismus-islamismus)), und ist die Bundesregierung der Meinung, dass die geplante Kooperation de lege lata oder auf der gesetzlichen Grundlage des derzeit zwischen den Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD in Abstimmung befindlichen Reformentwurfs eines BND-Gesetzes erfolgen kann bzw. soll?
32. Abgeordnete  
**Ulla Jelpke**  
(DIE LINKE.)
- Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung seit der Einführung der Kerndatendatei im Ausländerzentralregister (AZR) und des Ankunftsnachweises dazu vor, wie viele erstmalig registrierte Asylsuchende sich im Anschluss an die Registrierung in den ihnen zugewiesenen Erstaufnahmeeinrichtungen melden (bitte mit konkreten Zahlen unterlegen), und wie ist der aktuelle Stand bei der praktischen Umsetzung des neuen Ankunftsnachweises und des Kerndatensystems im AZR (bitte ausführen und konkrete Probleme bzw. Herausforderungen sowie aktuelle Zeitplanungen nennen)?
33. Abgeordnete  
**Ulla Jelpke**  
(DIE LINKE.)
- Wie begründet die Bundesregierung ihre Zustimmung zur Erklärung des Rates vom 8. März 2016, mit der der Vorschlag der Türkei, alle auf den griechischen Inseln ankommenden Schutzsuchenden wieder zurückzunehmen, begrüßt wird, vor dem Hintergrund, dass der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Dr. Günter Krings, in einer E-Mail vom 2. November 2015 an mich erklärte, dass es für eine Einstufung der Türkei als sicherer Drittstaat „nach Artikel 38 der Richtlinie 2013/32/EU u. a. möglich sein muss, Schutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) zu erhalten, was in der Türkei wegen des regionalen Vorbehalts zur GFK nur für europäische Flüchtlinge möglich ist“, und wie ist die Aussage des türkischen Premierministers Ahmet Davutoğlu (AFP vom 9. März 2016), die Türkei würde die von Griechenland zurücküberstellten „Nicht-Syrer“ in die jeweiligen Heimatländer zurückschicken, mit dem Zurückweisungsverbot der

- Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention vereinbar (bitte jeweils konkret mit Bezug auf die jeweilige internationale und EU-Rechtslage beantworten)?
34. Abgeordnete  
**Beate  
Walter-  
Rosenheimer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche unilateralen Maßnahmen wie etwa die Aufnahme von Flüchtlingskontingenten zur Entschärfung der humanitären Notsituation im Aufnahmelager Idomeni an der griechisch-mazedonischen Grenze erwägt die Bundesregierung für den Fall, dass die so genannte Balkanroute weiterhin für einen Großteil der Geflüchteten faktisch geschlossen bleibt und zugleich im Rahmen des am 17. und 18. März 2016 stattfindenden Treffens der europäischen Staats- und Regierungschefs keine substanziellen Fortschritte auf dem Weg zu einer gesamteuropäischen Lösung der Flüchtlingskrise getroffen werden können, und wenn keine Maßnahmen geplant sind, wie möchte die Bundesregierung verhindern, dass sich die humanitäre Situation an der griechisch-mazedonischen Grenze weiter verschärft?
35. Abgeordnete  
**Irene Mihalic**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welches Maß an Vernetzung sieht die Bundesregierung im Bereich politisch rechts motivierter Straftaten mit Blick auf die jüngsten Anschläge im brandenburgischen Nauen inzwischen erreicht?
36. Abgeordneter  
**Andrej Hunko**  
(DIE LINKE.)
- Was ist der Bundesregierung darüber bekannt, welche Behörden bzw. sonstigen Institutionen an dem von der Europäischen Union verantworteten und finanzierten European Union Police Services Training (EUPST) mit internationalen Polizei- und Gendarmerietruppen sowie der EUROGENDFOR in Weeze/Nordrhein-Westfalen teilnehmen bzw. dieses beobachten werden (Plenarprotokoll 18/132, Bundestagsdrucksachen 18/7282 und 18/7466; bitte nach Ländern aufschlüsseln), und auf welche Weise ist nicht nur das Bundesministerium des Innern, sondern auch das Bundesministerium der Verteidigung in die Vorbereitung des Trainings eingebunden, etwa durch den Kontakt oder Austausch mit dem für die Durchführung des EUPST II zuständigen niederländischen Verteidigungsministerium oder dem EU-Dienst für Außenpolitische Instrumente?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen**

37. Abgeordnete  
**Katrin Kunert**  
(DIE LINKE.)
- Wie viele selbstfahrende Futtermischwagen landwirtschaftlicher Betriebe in Deutschland sind noch von der Kfz-Steuer nach § 3 Nummer 7 des Kraftfahrzeugsteuergesetzes befreit, und für wie viele selbstfahrende Futtermischwagen wird die Kfz-Steuer erhoben?
38. Abgeordnete  
**Katrin Kunert**  
(DIE LINKE.)
- Beabsichtigt die Bundesregierung eine Klarstellung im Kraftfahrzeugsteuergesetz, um zwischen gewerblichen und landwirtschaftlichen Betrieben bei Futtermischwagen unterscheiden zu können, und wenn nein, warum nicht?
39. Abgeordnete  
**Britta Haßelmann**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie will die Bundesregierung konkret sicherstellen, dass mit der Sonderabschreibung für den Wohnungsbau gemäß dem Entwurf eines Gesetzes zur steuerlichen Förderung des Mietwohnungsneubaus Wohnungen im unteren Preissegment gebaut werden (bitte begründen)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales**

40. Abgeordnete  
**Sabine Zimmermann**  
(Zwickau)  
(DIE LINKE.)
- Wie viele zusätzliche Stellen (absolut und relativ zum Personalbestand zuvor) sind in den vergangenen 24 Monaten bei der Bundesagentur für Arbeit sowie beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (bitte getrennt angeben) zur Betreuung von Flüchtlingen und Asylsuchenden und zu ihrer Integration in den Arbeitsmarkt zusätzlich geschaffen worden?

41. Abgeordnete  
**Sabine Zimmermann**  
**(Zwickau)**  
(DIE LINKE.)
- Wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundesagentur für Arbeit sind in den vergangenen 24 Monaten zur Unterstützung der Arbeit des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zu diesem gewechselt, und für welchen Zeitraum ist diese Unterstützung des BAMF vorgesehen?
42. Abgeordnete  
**Brigitte Pothmer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Um wie viele Personen vergrößert sich die potentielle förderfähige Zielgruppe des ESF-Bundesprogramms (ESF = Europäischer Sozialfonds) zur Eingliederung langzeitarbeitsloser Leistungsberechtigter nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch durch die Erweiterung der Fälle von Unterbrechungen, die als Zeiten der Arbeitslosigkeit zählen, in der neugefassten Richtlinie vom 23. Februar 2016 (bitte in absoluten Zahlen vor und nach Bekanntmachung der neuen Richtlinie angeben), und aus welchem Grund hat sich die Bundesregierung dafür entschieden, dabei auch Zeiten zu berücksichtigen, die sonst als „schädliche Unterbrechung“ bei der Messung der Dauer der Arbeitslosigkeit gelten (vgl. LZA-NEUIGKEITEN, Ausgabe Nr. 4/2016 vom 22.02.2016 des Bundesverwaltungsamtes)?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft**

43. Abgeordneter  
**Friedrich Ostendorff**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Mitgliedstaaten haben sich im Sonderausschuss Landwirtschaft am 7. März 2016 und im Rat (für Landwirtschaft und Fischerei) am 14. März 2016 für die Prüfung oder Durchführung von Maßnahmen zur Mengenregulierung, sei es auf freiwilliger Basis oder mit zusätzlicher Unterstützung durch europäische Mittel oder Mittel der Mitgliedstaaten, ausgesprochen, und hat sich die Bundesregierung selbst für die Prüfung oder Unterstützung von solchen Maßnahmen ausgesprochen?

44. Abgeordneter  
**Friedrich Ostendorff**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Sieht es die Bundesregierung als marktkonforme Maßnahme an, wenn Marktakteure, wie z. B. Molkereien, auf ein zu hohes Angebot und schlechte Preise mit Maßnahmen zur Verringerung der Milchlieferung reagieren und zu diesem Zweck Bonuszahlungen zur Reduktion der Milcherzeugung als Regulierungsinstrument entwickeln, und warum hält es die Bundesregierung nicht für notwendig, solche Instrumente von Marktakteuren in Zeiten der Krise zu unterstützen und dadurch das bessere Funktionieren der Märkte zu ermöglichen?
45. Abgeordnete  
**Bärbel Höhn**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Für welche zehn Agrarprodukte bzw. Nahrungsmittel (nach der Klassifikation der Zolllinien) erwartet die Bundesregierung die größten Importzuwächse nach Deutschland im Fall einer Realisierung des vorliegenden EU-Zollsenkungsangebots an die USA im Rahmen der TTIP-Verhandlungen (bitte mit Angabe der jeweiligen Steigerung der Importmenge in Tonnen), und welche Folgen hätte dies nach Auffassung der Bundesregierung bei den jeweiligen Produkten für die Erzeugung(smenge) in Deutschland bzw. für die bisherigen Importeure?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung**

46. Abgeordnete  
**Katja Keul**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Aufgaben nehmen die Bundeswehroffiziere wahr, die im Rahmen der internationalen Mission „Inherent Resolve“ im Combined Air Operations Centre in Katar vor Ort sind, wo die Planung, Durchführung und Auswertung der Lufteinsätze stattfinden, und welche Erklärung hat die Bundesregierung dafür, dass sie (laut der Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Ralf Brauksiepe vom 3. März 2016 auf meine Schriftliche Frage 47 auf Bundestagsdrucksache 18/7794) trotz der Arbeit dieser Offiziere keinerlei Kenntnisse über Art und Umfang der Lufteinsätze hat?



47. Abgeordnete  
**Inge Höger**  
(DIE LINKE.)
- Welchen Einfluss hatte der Einsatz der Drohne Heron TP im Rahmen der Angriffe der israelischen Armee auf Gaza in den vergangenen Jahren auf die Auswahlentscheidung für die Drohne Heron TP als Übergangslösung für die Bundeswehr?
48. Abgeordnete  
**Inge Höger**  
(DIE LINKE.)
- Wie wird die Ausbildung der Bundeswehrsoldaten an den als Übergangslösung zu beschaffenden waffenfähigen Drohnen Heron TP ausgestaltet, und wie garantiert die Bundesregierung, dass eventuelle Übungsflüge nicht den Luftraum der besetzten palästinensischen Gebiete verletzen?





